

PARLAMENTARISCHER KOOPERATIONSAUSSCHUSS EU-MOLDAU

ACHTE SITZUNG

6. – 7. Oktober 2005
CHISINAU

Gemeinsamer Vorsitz: Frau MIKKO und Herr STEPANIUC

Abschlussklärung und Empfehlungen gemäß Artikel 89 des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens

Unter dem gemeinsamen Vorsitz von Frau Marianne MIKKO (PES, Estland) und Herrn Victor STEPANIUC (Kommunistische Partei, Republik Moldau) fand am 6. und 7. Oktober 2005 in Chisinau die achte Sitzung des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Moldau statt. Der Ausschuss traf sich zu einer Aussprache mit Frau Benita FERRERO-WALDNER, Kommissarin für Außenbeziehungen, als Vertreterin der Europäischen Kommission, Herrn Sergiu SAINCIUC, stellvertretender Minister für Wirtschaft und Handel der Republik Moldau, als Vertreter der Regierung der Republik Moldau und Herrn Bernard WHITESIDE, britischer Botschafter in der Republik Moldau, als Vertreter des britischen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union.

Der Parlamentarische Kooperationsausschuss verständigte sich über die folgenden Punkte und

Zu den Beziehungen EU-Moldau

1. hebt hervor, dass die Republik Moldau enge historische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat; wiederholt seine Ansicht, dass die Beziehungen zwischen der EU und Moldau auf gemeinsamen Werten beruhen müssen, insbesondere im Hinblick auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Anerkennung der Menschen- und Bürgerrechte; unterstreicht, dass die Entwicklung der Republik Moldau zu einem stabilen und wohlhabenden Land im gemeinsamen Interesse der Europäischen Union und Moldau selbst liegt;
2. unterstreicht, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen der EU und Moldau ist, um zu Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in der Region und auf dem europäischen Kontinent insgesamt beizutragen und das Auftreten neuer Teilungslinien zu verhindern;
3. begrüßt die Verabschiedung des Aktionsplans EU-Moldau; hebt die Bedeutung des Plans für die Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und Moldau sowie für die Förderung der politischen und wirtschaftlichen Reform in Moldau hervor; betont außerdem, dass die erfolgreiche Umsetzung des Aktionsplans Moldau bei der Entwicklung eines beachtlichen Grads an wirtschaftlicher Integration und der Vertiefung der politischen Zusammenarbeit mit der EU unterstützen wird; unterstreicht zudem, dass das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen für die nahe Zukunft eine gültige Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Moldau bleiben wird; begrüßt die kürzlich erfolgte Bildung einer stabilen Regierung auf breiter Grundlage, die sich zu baldigen und bedeutsamen Reformen bekennt;

4. begrüßt die Schritte der Europäischen Union zur Vertiefung ihrer Beziehungen zur Republik Moldau; begrüßt insbesondere die Einrichtung einer ständigen Delegation der Europäischen Kommission in Chisinau und betont, dass diese Delegation den politischen Einfluss der Union im Land wesentlich verstärken und einen Ausgangspunkt für ihre Aktivitäten darstellen sollte; unterstreicht die Notwendigkeit einer angemessenen Finanzausstattung, um sicherzustellen, dass sie effektiv arbeiten kann;
5. begrüßt die Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten (RSUE) für Moldau als Zeichen des Engagements der EU, insbesondere bei den Bemühungen um eine langfristige Beilegung des Transnistrienkonflikts in Übereinstimmung mit den erklärten politischen Zielen der EU und in enger Zusammenarbeit mit der OSZE einen Beitrag leisten zu wollen; begrüßt die Erweiterung des Verhandlungsprozesses durch die Einbeziehung der EU und der USA als Beobachter;
6. nimmt die Schlussfolgerungen der Tagung des 7. Kooperationsrats EU-Moldau zur Kenntnis, die am 22. Februar 2005 in Brüssel stattfand;

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Republik Moldau

7. stellt fest, dass der Aktionsplan eine umfassende Reihe von Prioritäten aufstellt und die Möglichkeit der Annäherung des Wirtschaftsrechts, der gegenseitigen Öffnung der Volkswirtschaften und des weiteren Abbaus von Handelsbarrieren eröffnet, was Investitionen und Wachstum anregen wird;
8. wiederholt seine Aufforderung an die moldauischen Behörden, die wirtschaftlichen und strukturellen Reformen, einschließlich der sozialen Sicherung effektiv voranzutreiben und das Geschäfts- und Investitionsklima zu verbessern, insbesondere die Transparenz und Berechenbarkeit der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sicherzustellen, wobei die Bedeutung der Dauerhaftigkeit der Entwicklung berücksichtigt werden muss; betont, dass die Annahme und Umsetzung der Reformgesetze wichtige Schritte sind; ruft die Regierung auf, die notwendige Struktur der öffentlichen Verwaltung zu verbessern, um die erfolgreiche Umsetzung dieser Reformen sicherzustellen;
9. hebt hervor, dass der Aktionsplan auf der Grundlage der Annahme und Umsetzung wirtschafts- und handelsbezogener Vorschriften ein solides Fundament für die weitere wirtschaftliche Integration darstellt, wodurch sich günstige Bedingungen für Handel, Investitionen und Wachstum ergeben;
10. bringt seine Besorgnis über die weiterhin gemeldeten Fälle von Korruption und Menschenhandel, insbesondere von Frauen und Kindern, vorwiegend aus Moldau zum Ausdruck; nimmt die Einrichtung eines regionalen Zentrums zur Bekämpfung dieses Missstands zur Kenntnis und betont, dass konkrete Maßnahmen zur Rettung und Rehabilitierung der Opfer erforderlich sind und die Straftäter vor Gericht gestellt werden müssen; betont, dass Aufklärung und die strafrechtliche Verfolgung der jeweils Verantwortlichen am besten und überzeugendsten geeignet sind zu verhindern, dass sich diese gegen die Würde des Menschen verstoßenden Fälle wiederholen und somit viele unschuldige Frauen und Kinder geschützt werden können;

Zur Rechtsstaatlichkeit

11. stellt fest, dass die Rechtsstaatlichkeit eine unentbehrliche Voraussetzung für engere Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Moldau ist und betont daher, dass die Stärkung der entsprechenden Grundsätze und der Effektivität der Institutionen, die die Rechtsstaatlichkeit garantieren, von größter Bedeutung ist.
12. fordert die Verbesserung der gerichtlichen Kapazität Moldaus und die weitere Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz;

Zu den Menschenrechten und des Rechts auf freie Meinungsäußerung in der Republik Moldau

13. begrüßt die Schlussfolgerung der internationalen Beobachtermission, dass die moldauischen Parlamentswahlen am 6. März 2005 im Allgemeinen überwiegend gemäß den Festlegungen und internationalen Normen der OSZE und des Europarats durchgeführt worden sind; nimmt jedoch zur Kenntnis, dass die Beobachter zu dem Schluss gekommen sind, dass die Wahlen einige Festlegungen nicht erfüllt haben, die für einen Wahlprozess mit echtem Wettbewerb der Parteien unabdingbar sind; dringt daher darauf, dass die Regierung Moldaus sicherstellt, dass die festgestellten Mängel in Bezug auf den Wahlkampf und die Bedingungen für die Medien behoben werden;
14. betont, dass die Parteien der Opposition und Minderheitsinteressen in vollem Umfang die Möglichkeit erhalten müssen, aktiv am politischen Prozess des Landes teilzunehmen; unterstreicht, dass es keine Einmischungen seitens der Exekutive geben dürfe, die die Handlungen der Oppositionsparteien einschränken;
15. würdigt die ersten Schritte der moldauischen Behörden im Prozess der Gesetzesreform; unterstreicht die Bedeutung der Nutzung des internationalen Know-hows des BDIMR und der Venedig-Kommission um sicherzustellen, dass die Reformen fortgeführt und die verbliebenen Mängel behoben werden;

Zur Situation in Transnistrien

16. betont einmal mehr, dass die Lösung der Transnistrienfrage ein grundlegendes Element der Förderung wirtschaftlichen Wohlstands und der politischen Stabilität in der Republik Moldau ist; hebt erneut hervor, dass eine friedliche Lösung des Konflikts in Übereinstimmung mit der Charta und den Konventionen der UNO sowie den OSZE-Erklärungen bei umfassender Anerkennung der Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen gefunden werden muss;
17. fordert erneut die vollständige Erfüllung der Istanbul-Verpflichtungen der OSZE und bringt seine Besorgnis über die fehlenden Fortschritte beim Rückzug der russischen Waffen und Truppen aus dem Gebiet Moldaus zum Ausdruck; fordert die russische Regierung nachdrücklich auf, Druck auf die Behörden von Tiraspol auszuüben, um den Prozess zu beschleunigen;

18. begrüßt die Pläne für eine Grenzmission an der moldauisch-ukrainischen Grenze als willkommenes Zeichen für das größere Engagement der Europäischen Union bei der Suche nach der Beilegung des Transnistrienkonflikts; betont, dass bessere Grenzkontrollen ein unabdingbares Element bei der Beendigung des Konflikts sind; fördert, dass der Prozess eines größeren EU-Engagements beschleunigt wird; begrüßt die Unterzeichnung der Gemeinsamen Absichtserklärung über die EU-Mission zur Unterstützung der Grenzbehörden in der Republik Moldau und der Ukraine, um einen internationalen Überwachungsmechanismus für eine wirksame Zoll- und Grenzkontrolle an der Staatsgrenze zwischen Moldau und der Ukraine einzurichten; fordert, dass die EU-Grenzmission den Anfang einer künftigen umfassenden ESVP-Mission darstellen und Teil einer Politik des größeren EU-Engagements in Moldau sein soll;
19. begrüßt die Beteiligung der ukrainischen Behörden an der Suche nach einer Lösung des Disputs sowie die Initiative von Präsident Juschtschenko, um die Beilegung im Rahmen eines demokratischen Moldaus zu fördern; begrüßt die vom Parlament der Republik Moldau verabschiedeten Dokumente in Bezug auf den ukrainischen Plan zur Beilegung des Transnistrienkonflikts, einschließlich des Gesetzes über die Grundlegenden Bestimmungen über den besonderen rechtlichen Status der Siedlungen auf dem Westufer des Dnjestr (Transnistrien) vom 22. Juli 2005;
20. bringt seine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass in der Region möglicherweise Waffen und Munition hergestellt werden, was mit den einschlägigen Gefahren verbunden ist.

Einstimmig angenommen.